

## Reminiszenzen zur Geschichte der Christlichsozialen in Österreich

80 Jahre danach. Die Bedeutung des Sommers 1944 für die Geschichte der Österreichischen Volkspartei

*Anstelle eines Vorworts*

*In Memoriam*

*Univ.-Prof. Dr. Robert Kriechbaumer (1948–2024)*



Foto privat

Nach langer, geduldig ertragener Krankheit verstarb im Juni 2024 Univ.-Prof. Dr. Robert Kriechbaumer, wissenschaftlicher Leiter des Forschungsinstituts für politisch-historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek im 76. Lebensjahr.

Robert Kriechbaumer studierte Geschichte, Philosophie, Psychologie und Politikwissenschaft in Salzburg und München. Im Jahre 1982 folgte seine Habilitation für das Fach Neuere Österreichische Geschichte mit besonderer Berücksichtigung der Geschichte der Zweiten Republik an der Universität Salzburg. Im Jahre 2001 wurde er zum Außerordentlichen Univ. Prof. für Neuere Österreichische Geschichte ernannt. Zahlreiche Standardwerke zur Geschichte Österreichs und zur Geschichte der ÖVP wurden von Robert Kriechbaumer verfasst. Sein Gesamtwerk umfasst hunderte Bücher, Studien und Aufsätze, die ihn als einen der wichtigsten Historiker Österreichs ausweisen.

Das Karl von Vogelsang-Institut verliert mit ihm nicht nur ein treues Mitglied und einen wichtigen Förderer, sondern auch einen historischen Visionär. Im Jahre 1986 publizierte Robert Kriechbaumer in der Publikation „Christliche Demokratie“ des Instituts einen Aufsatz zur Gründungsgeschichte der ÖVP mit besonderem Schwerpunkt auf die Aktivitäten des politischen, bürgerlichen Widerstandes noch während des Weltkrieges.

Diesen Text wollen wir gekürzt aus aktuellem Anlass, gleichsam als Vermächtnis von Robert Kriechbaumer, wiederholend vorstellen.

LH a.D. Univ.-Prof. Dr. Franz Schausberger, Präsident

Prof. Dr. Johannes Schönner, Geschäftsführer

Dr. Robert Kriechbaumer <sup>1</sup>

## Die Gründung der Österreichischen Volkspartei

Die Gründungsgeschichte der Österreichischen Volkspartei reicht bis in das Jahr 1938 zurück. Anschluss, Widerstand und Verfolgung lösten bei vielen Vertretern des ehemaligen christlichsozialen/vaterländischen Lagers den zunächst noch sehr unscharf zu fassenden Versuch der Neukonstruktion einer Partei aus.

Dieser Versuch einer Neukonstruktion einer politischen Partei kann jedoch nicht als konkrete Diskussion über organisatorische Strukturen und geschäftsordnungsmäßige Kompetenzen gesehen werden, sondern als – zunächst bloß – theoretische Diskussion, in der die historische Fehlentwicklung der jüngsten Geschichte aufgearbeitet werden sollte.

Neben dieser „historischen“ Diskussion der im Konzentrationslager Dachau inhaftierten Österreicher der verschiedenen politischen Lager erfolgten innerhalb des Blocks der ehemaligen „Vaterländischen“ entscheidende Weichenstellungen. Keiner der damaligen Gesprächsteilnehmer im KZ Dachau rechnete allerdings mit einem baldigen Ende der nationalsozialistischen Herrschaft, sodass diese frühen Gespräche als rein theoretische Überlegungen zu einer Partei der politischen Mitte zu interpretieren sind. Man entwickelte Pläne, die unter den gegebenen Umständen kaum realisierbar schienen, ja es war sogar die Frage, ob die Gesprächsteilnehmer das Ende der nationalsozialistischen Herrschaft überhaupt erleben sollten.

Trotz des zunächst rein theoretischen Charakters der Gespräche sollte sich deren Inhalt als für die Zukunft wesentlich herausstellen. Die wichtigsten Ergebnisse können in zwei Punkten zusammengefasst werden:

1. Man befürwortete und suchte das Gespräch und die Zusammenarbeit mit dem ehemaligen politischen Gegner, vor allem mit der Sozialdemokratie.
2. Eine neu zu gründende Partei konnte nur eine soziale Integrationspartei auf möglichst breiter Basis sein.

Bereits im April 1939 wurde eines der führenden Mitglieder dieser Dachauer Gesprächsgruppe, der ehemalige Kärntner Landesrat und spätere ÖVP-Mitbegründer Dr. Felix Hurdes, aus dem Konzentrationslager entlassen. Er kehrte nach Wien zurück und traf hier zufällig den ehemaligen christlichsozialen Gewerkschaftssekretär Lois Weinberger,

---

<sup>1</sup> Robert Kriechbaumer, Die Gründung der Österreichischen Volkspartei, in: Christliche Demokratie/2, Juni 1986, Schriften des Karl von Vogelsang-Instituts, Böhlau Wien 1986.

ebenso ein zukünftiger Mitbegründer der ÖVP. Bei dieser Begegnung entwickelte sich in etwa folgender Dialog:

Hurdes: „Ich bin aus dem Konzentrationslager entlassen worden. Habt ihr irgendwas inzwischen unternommen? Macht ihr politisch denn gar nichts?“

Weinberger: „Selbstverständlich machen wir etwas.“

Hurdes: „Wer ist ‚wir‘?“

Weinberger: „Das sind die ehemaligen christlichen Gewerkschafter der Post.“

Es waren nämlich christlichsoziale Postgewerkschafter, die 1938 die erste Widerstandsgruppe der bürgerlichen Seite gebildet hatten. Nach dem „Anschluss“ waren diese Postbediensteten von den neuen nationalsozialistischen Machthabern entlassen worden und mussten sich um eine neue Arbeitsstelle umsehen. Weinberger, der bis 1938 Funktionär der Einheitsgewerkschaft des Ständestaates gewesen war, befand sich in einer ähnlichen Situation. Um seine Familie ernähren zu können, handelte Weinberger im Frühjahr 1938 mit Wolle.

Einer der entlassenen Post-Gewerkschafter war Besitzer eines Motorrades, dessen Unterhalt er sich aber nicht mehr leisten konnte. Er begab sich daher zur Bundesländer – Versicherung, die nunmehr Ostmark – Versicherung hieß, um sein Motorrad abzumelden. Der Versicherungsangestellte fragte ihn, warum er denn sein Motorrad abmelde, worauf die wahrheitsgemäße Antwort kam, dass er sich als Arbeitsloser kein Motorrad leisten könne. Aus diesem kurzen Gespräch entwickelte sich ein folgenschweres Angebot des Versicherungsangestellten. Die Ostmark – Versicherung suche Akquisiteure, ob denn nicht die Versicherungsbranche für einen ehemaligen Postler eine Möglichkeit wäre, die nächste Zeit zumindest zu überbrücken. Dieses willkommene Angebot wurde sofort akzeptiert, jedoch auch eine „Solidaritätsfrage“ nachgeschoben: er, so der ehemalige Postgewerkschafter und nunmehrige Neo-Versicherer, habe eine Reihe von Freunden, die sich in einer ähnlichen Situation befänden und ein solches Angebot mit Freuden annehmen würden. Innerhalb kürzester Zeit arbeiteten schließlich mehr als 50 ehemalige Postgewerkschafter als Akquisiteure bei der Ostmark – Versicherung.

Auch Lois Weinberger wurde über Freunde zu dieser Gruppe hin vermittelt und ging zusammen mit dem späteren Regierungsrat Karl Berger als Versicherungsvertreter von Tür zu Tür. Die ehemaligen Postgewerkschafter trafen einander in der Schusterwerkstätte von Ferdinand Rechberger, in der eine erste Hilfsorganisation gebildet wurde. Viele christlichsoziale Freunde waren zu diesem Zeitpunkt in Konzentrationslagern, Gefängnissen oder arbeitslos, die Familien litten große Not und bedurften einer moralischen Unterstützung. Zum anderen versuchte man Nachrichten zu sammeln, um sie deren Familien zukommen zu lassen und selber ein besseres Bild über die Situation der verhafteten Freunde zu bekommen. Von einer organisierten Widerstandsgruppe kann in dieser Frühphase 1938/39 nicht gesprochen werden, wohl aber von einer ersten Hilfsorganisation.

Allerdings weisen gewisse Ereignisse 1938/39 darauf hin, dass der Rahmen einer reinen Hilfsorganisation bereits überschritten wurde. Es kam nämlich zu den ersten substantiellen politischen Diskussionen – parallel zu den Gesprächen der Inhaftierten im KZ Dachau, welche

in der Beurteilung der politischen Lage sowie der Möglichkeit der Bildung einer neuen politischen Partei in der Illegalität deutliche Differenzen aufwiesen. Bei diesen Gesprächen geriet Lois Weinberger bald in die Rolle eines Vermittlers und wurde wenig später durch die Vermittlung von Leopold Kunschak zur eigentlichen Führungspersönlichkeit.

Diese politischen Gespräche fanden in der Folgezeit vor allem in einem 3000 m<sup>2</sup> großen Grundstück in Wien-Grinzing statt, welches den Schwiegereltern Karl Bergers gehörte, und das von einer Seite nicht einsehbar war, sodass man vor Spitzelaktionen der Gestapo sicher sein konnte. In diesem Grinzingener Garten wurden – unabhängig von den Dachauer Gesprächen – die ersten Überlegungen für eine neue Partei angestellt. Im Unterschied zu den Dachauer Gesprächen zielten diese jedoch zunächst noch nicht auf eine soziale Integrationspartei ab, sondern auf eine christliche Arbeitnehmerpartei. Dies änderte sich erst als Felix Hurdes über Vermittlung Weinbergers zu dieser Gruppe stieß und sie über die Gespräche in Dachau informierte. Die Gruppe um Lois Weinberger akzeptierte nach eingehender Diskussion den Gedanken einer sozialen Integrationspartei, also die Erweiterung der Basis um die Gewerbetreibenden und Bauern, wobei Leopold Kunschak mit dem Hinweis, dass man widrigenfalls nicht mehrheitsfähig sein werde, den Ausschlag gab, und der Notwendigkeit des Kontakts zu den in der Illegalität sich ebenfalls formierenden Sozialdemokraten.

Diese beiden Schritte erfolgten jedoch sehr behutsam und zu einem späteren Zeitpunkt. Bis zum Jahr 1941 versuchte man die ehemaligen christlichen Gewerkschafter in Ostösterreich zu organisieren, sodass die frühe Gründungsgeschichte der ÖVP die Geschichte des späteren ÖAAB ist. Von der christlichen Arbeiterbewegung ausgehend kam es 1941/42 zu den ersten Kontakten zur niederösterreichischen Bauernschaft und zu Handel und Gewerbe. Die Kontakte zum ehemaligen niederösterreichischen Bauernbund waren besonders schwierig, weil diese einst mächtige Organisation 1938 fast vollständig zerschlagen wurde. Hinzu kam noch, dass 1938/39 die Organisation eines bäuerlichen Widerstandes kaum möglich gewesen wäre. Die österreichische Bauernschaft befand sich in den dreißiger Jahren in einer äußerst schwierigen ökonomischen Situation. Die Höfe waren überschuldet und es gab einen rapiden Preisverfall für landwirtschaftliche Produkte sowie keine Abnahmegarantie des Staates. Liest man die Protokolle des Klubvorstandes der Christlichsozialen Partei, dann findet man von den Vertretern Salzburg und Oberösterreichs immer wieder die Bemerkung, dass es so einfach nicht weitergehen könne. Halte die ökonomische Krise in der Landwirtschaft weiter an, dann verliere man auch noch die Alten, die Jungen seien ohnehin bereits bei den Nazis. Wie dies auch bei den Sozialdemokraten der Fall gewesen wäre.

Das Jahr 1938 brachte für die österreichische Bauernschaft zunächst eine erhebliche ökonomische Erleichterung durch die Politik der Nationalsozialisten: Entschuldungsaktionen, Abnahmegarantien sowie Modernisierungen bewirkten auch in den ehemaligen Hochburgen der Christlichsozialen eine breite Akzeptanz des Nationalsozialismus. Daher war es 1938/39 kaum möglich, einen effektiven bäuerlichen Widerstand zu organisieren, vergleichbar mit den Schwierigkeiten der Organisation eines militärischen Widerstandes gegen den von Sieg zu Sieg eilenden Feldherrn Adolf Hitler. Dies änderte sich erst endgültig mit der militärischen Wende 1942/43 einerseits und der zunehmend kirchenfeindlichen und kulturkämpferischen Politik des Nationalsozialismus andererseits, welche besonders in den ländlichen Gebieten auf stärkeren Widerstand stieß. Aus Opposition gegen die die Volksfrömmigkeit verachtende Politik des Nationalsozialismus legte vor allem die Landbevölkerung eine demonstrative

Frömmigkeit an den Tag, sodass sich der Widerstand auf dem Land oftmals um den Ortspfarrer und die ehemaligen katholischen Bauernbündler organisierte. Die Sicherheitsberichte der Polizei und SS zeigen durchgehend diese Kombination des Widerstandes auf dem Lande, der ab 1943/44 zunehmend auch in den Städten sichtbar wird.

Die Bedingungen für eine politische Reorganisation der Bauernschaft waren somit erst ab 1942 gegeben. Das Problem lag allerdings in dem Umstand, dass die führenden Persönlichkeiten des ehemaligen niederösterreichischen Bauernbundes entweder im Konzentrationslager waren oder unter dauernder Observanz der Gestapo standen – wie der ehemalige niederösterreichische Landeshauptmann Josef Reither – und daher diese Aufgabe nicht übernehmen konnten. Hier sollte erst 1943 mit der Entlassung von Leopold Figl aus dem Konzentrationslager eine entscheidende Wende eintreten. Über Vermittlung eines Freundes, Julius Raab, bekam der Landwirtschafts-Ingenieur Figl den Posten eines Straßenbau-Ingenieurs bei einer Baufirma, welche in ganz Niederösterreich Straßen und Brücken errichtete.

Diese Vermittlung durch Raab ging indirekt auf den NS-Gauleiter von Niederdonau, Dr. Hugo Jury, zurück. Jury war der jahrelange Hausarzt der Familie Wohlmayer – Raab in St. Pölten gewesen und hielt 1938 seine schützende Hand über den führenden „Vaterländischen“ Julius Raab. Raab bekam zwar Gauverbot, musste jedoch nicht in ein Konzentrationslager, sondern konnte sich weiterhin im Großraum Wien aufhalten. Leopold Figl wurde nach seiner Entlassung aus dem KZ im Frühjahr 1943 informiert, dass Raab ihm den notwendigen Arbeitsplatz beschaffen könne. Fand nämlich ein Häftling eines Konzentrationslagers nach seiner Entlassung keine Arbeit, so konnte er zwangsverpflichtet werden. Figl entging durch die Hilfe Raabs diesem Schicksal. In einem Rundfunkinterview bemerkte Leopold Figl 1960 im Rückblick, er sei völlig überrascht gewesen, als ihn Gauleiter Dr. Jury zu sich bestellt habe. Jury musterte Figl und gab anschließend Raab seine Einwilligung für eine Beschäftigung Figls bei der Baufirma.

Bei dieser Straßenbaufirma stand Figl ein Dienstwagen zur Verfügung, mit dem der nunmehrige Bauleiter die über das ganze Bundesland verstreuten Baustellen besuchen sollte. Unter Kontaktaufnahme mit Josef Reither verband Figl in der Folgezeit seine Baustellenbesuche mit einer Kontaktaufnahme zu den ehemaligen Funktionären des niederösterreichischen Bauernbundes, die er als langjähriger Direktor dieser größten niederösterreichischen Organisation alle persönlich kannte. Der Bauernbund wurde schließlich offiziell am „Florianitag“ des Jahres 1944 im Weinkeller von Altlandeshauptmann Josef Reither gegründet und seine Integration in eine „Österreichische Volkspartei“ beschlossen.

Der Name „Österreichische Volkspartei“ war im Jahre 1944 bereits bekannt. Zum ersten Mal fiel er Ende 1939/Anfang 1940 bei einer Diskussion der Gruppe Weinberger/Hurdes. Damals war er allerdings nur einer unter vielen vorgeschlagenen Namen für die neue Partei. Die Skala der vorgeschlagenen Namen reichte von den „Christlichen Sozialisten“ bis zur Wiedererrichtung der „Christlichsozialen Partei“. Eine definitive Einigung auf den Namen Österreichische Volkspartei erfolgte im Widerstand allerdings nicht. Der Name „Volkspartei“ galt vielmehr als weitgehend akzeptierter Arbeitstitel.

1943/44 gelang auch die Kontaktaufnahme zu Handel und Gewerbe, die in der Folgezeit von Julius Raab organisatorisch zusammengefasst wurden, die allerdings verschiedenen politischen Ambitionen, vor allem der illegalen christlichen Arbeiterbewegung, äußerst distanziert gegenüberstanden.

Lois Weinberger und Felix Hurdes hatten engen Kontakt zum deutschen Widerstand und waren auch die bevorzugten Gesprächspartner der beiden führenden deutschen Gewerkschafter Jakob Kaiser (prominenter Vertreter des katholischen „Zentrums“, nach dem Krieg CDU, Anm.) und Wilhelm Leuschner (SPD, 1944 wegen Mitwirkung am 20. Juli in Berlin-Plötzensee hingerichtet, Anm.) in der „Ostmark“. Raab lehnte eine direkte Involvierung in diese Pläne mit einem Hinweis auf Gauleiter Jury ab, dessen Protektion die illegale politische Tätigkeit Raabs als Organisator des späteren Wirtschaftsbundes erheblich erleichterte und den er durch diese Kontakte nicht desavouieren wollte.

Die Phase der organisatorischen Integration der späteren drei Bünde der ÖVP dauerte bis zum Sommer 1944. Im Zuge der Verhaftungswelle infolge des Attentates vom 20. Juli 1944 wurden auch alle führenden Männer der sich soeben formierenden Österreichischen Volkspartei verhaftet. Bei diesen Verhaftungen kann man jedoch zwei Gruppen unterscheiden: Die einen (Weinberger/Hurdes) wurden „zu Recht“ verhaftet, da sie tatsächlich in die Ereignisse involviert waren, während die anderen (z.B. Figl) unter der nichtzutreffenden Anschuldigung der Beteiligung am Attentat arretiert wurden. Leopold Figl hatte sich zwar 1943/44 politisch illegal betätigt, hatte jedoch von den Plänen des Widerstandes gegen Hitler keine Ahnung und war auch nicht von Weinberger und Hurdes informiert worden. Die Gefährlichkeit der Verhaftung 1944 bestand darin, dass alle Häftlinge nunmehr in der Skala der Haftstrafen die Stufe III erreichten. Die nationalsozialistische Herrschaft kannte für die Charakterisierung der politischen Häftlinge in den Konzentrationslagern drei Stufen:

Stufe 1: besserungsfähig und nach einiger Zeit wiederum aus dem Konzentrationslager zu entlassen; Stufe 2: schwer erziehbar, längerer Aufenthalt im Konzentrationslager; Stufe 3: nicht besserungsfähig, Volksgerichtshof und Vernichtung. Ein KZ-Häftling, der sich nach seiner Entlassung wiederum politisch illegal betätigte, kam automatisch von Stufe 1 in Stufe 3. In diesem Fall kam er nicht mehr nach Dachau, sondern nach Mauthausen.

Die nunmehr Verhafteten kamen daher ins KZ Mauthausen, von wo sie allerdings Anfang 1945 wiederum nach Wien überstellt wurden mit dem Vermerk „Volksgerichtshof“, was das Todesurteil bedeutete. Glücklicherweise ist durch das rasche Vordringen der Roten Armee die Vollstreckung zahlreicher Todesurteile verhindert worden, sodass am 6. April 1945 auf Grund der Kriegereignisse ein großer Teil der politischen Elite der Zweiten Republik aus dem Gefangenenhaus in Wien freiging. Nunmehr schritten die Vertreter des christlichen Widerstandes an die Gründung der Österreichischen Volkspartei.

Der Name ÖVP fiel definitiv am 10. April 1945. An diesem Tag besuchten Weinberger und Hurdes das Palais Auersperg, um sich einen ersten Eindruck von der sich hier etablierenden Widerstandsbewegung O5 zu verschaffen. Da dieser Eindruck keineswegs günstig war, erklärte Weinberger gegenüber Hurdes, dass man bei dem Namen „Österreichische Volkspartei“ bleiben werde und diese nunmehr auch rasch offiziell gründen müsse. Diese offizielle Parteigründung erfolgte am 17. April 1945 im Wiener Schottenstift.

Sie ist als einzige der politischen Parteien eine echte Neugründung, welche in ihrem Selbstverständnis zwei Aspekte in den Vordergrund schob, die ihren Wahlsieg 1945 entscheidend mitprägen sollten: die ÖVP war die einzige soziale Integrationspartei und sie repräsentierte ein außerordentlich starkes Österreichbewusstsein, welche den Namen des Landes vor jenen der Partei stellte, ein in der Parteienlandschaft Europas 1945 einzigartiger Vorgang.